

Müller, Jens

**Article**

## Aktuelle Trends - Ostdeutsche Kommunen: Immer noch dominieren die Klein(st)gemeinden

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Müller, Jens (2001) : Aktuelle Trends - Ostdeutsche Kommunen: Immer noch dominieren die Klein(st)gemeinden, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Vol. 7, Iss. 15, pp. 386

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/143143>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

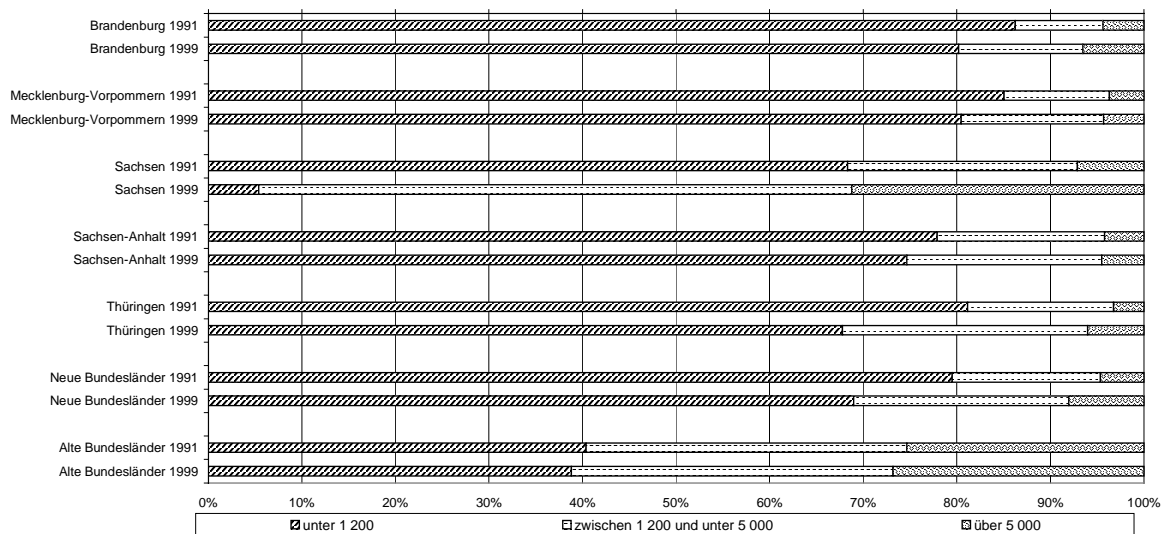
*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Aktuelle Trends

### Ostdeutsche Kommunen: Immer noch dominieren die Klein(st)gemeinden



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Größeren kommunalen Verwaltungseinheiten wird vielfach eine im Vergleich zu kleineren Einheiten höhere Effizienz der Aufgabenerfüllung zugeschrieben. Zudem kann es für Zwecke der Wirtschaftsförderung von Vorteil sein, wenn sich eher größere kommunale Einheiten bilden. Vor diesem Hintergrund wird immer wieder eine territoriale Neugliederung zugunsten größerer Kommunen gefordert. Wengleich die Anzahl der Gemeinden in den neuen Bundesländern seit 1991 durch Gebietsreformen um knapp 30% reduziert wurde, ist die kommunale Verwaltungsstruktur unverändert durch ein Übergewicht an Klein- und Kleinstgemeinden geprägt. 69% aller kreisangehörigen Gemeinden in den neuen Ländern haben weniger als 1 200 Einwohner. In den alten Bundesländern liegt dieser Prozentsatz lediglich bei 39%. Und noch immer haben 92% aller ostdeutschen Gemeinden weniger als 5 000 Einwohner, gegenüber einem Anteil von 73% in den alten Ländern. Stärker in Richtung auf westdeutsche Strukturen lief lediglich die Entwicklung in Sachsen. 1991 hatten noch 68% aller sächsischen Gemeinden weniger als 1 200 Einwohner. 1999 war dieser Anteil aufgrund von Gemeindegemeinschaften auf 5% gesunken. 1991 hatten 92% aller sächsischen Gemeinden weniger als 5 000 Einwohner, was genau dem ostdeutschen Durchschnitt entsprach. 1999 hat sich dieser Anteil auf 68% reduziert und liegt damit sogar unter dem westdeutschen Durchschnittswert. Gleichzeitig stieg der Anteil der Gemeinden, in denen mehr als 10 000 Einwohner leben, von 4% auf 12% an, was genau dem westdeutschen Durchschnitt entspricht. In den anderen neuen Ländern sind zwar ebenfalls Veränderungen der Gebietsstruktur zu registrieren, diese fallen aber eher gering aus.

Bei einer Bewertung der ostdeutschen Kommunalstruktur muss allerdings berücksichtigt werden, dass es vielerorts Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften) gibt, denen von kreisangehörigen Gemeinden wichtige Aufgaben übertragen worden sind. Dies relativiert das zuvor skizzierte Bild ebenso wie der Umstand, dass die Einwohnerdichte im Durchschnitt der neuen Länder unter jenem der alten Länder liegt.

Bei einer Betrachtung der 12 ostdeutschen Städte (ohne Berlin) mit mehr als 100 000 Einwohnern zeigt sich im Durchschnitt von 1991 bis 1999 eine Zunahme der flächenmäßigen Größe um 63%. Allerdings konzentrierte sich der Gebietszuwachs auf die Großstädte in Sachsen und Thüringen sowie das brandenburgische Cottbus, während die Städte Halle, Magdeburg, Rostock und Schwerin nicht oder nur geringfügig räumlich ausgeweitet wurden. Es sind eben diese Städte, die in besonders hohem Umfang einen Bevölkerungsverlust zu verzeichnen hatten, der für die anderen Großstädte weitgehend durch die flächenmäßige Ausdehnung aufgefangen wurde.

Jens Müller (jmr@iwh-halle.de)